

## PUBLIREPORTAGE

Der Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg setzt sich für die Rahmenbedingungen der kleinen und grossen Unternehmen in unserer Region ein.

Heute sind über 200 Unternehmen Mitglied im regionalen AGV.

Wir machen's für die Region!

# Standpunkt

Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg

## Die «1:12-Initiative» ist untauglich und gefährlich

In der Abstimmung zur «1:12-Initiative» geht es um mehr, als nur um den Ärger über zu hohe Boni und Saläre. Das Erfolgsmodell Schweiz mit rekordtiefen Arbeitslosenzahlen und einem überdurchschnittlichen Wohlstand wird damit aufs Spiel gesetzt. Der Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg (AGV) lehnt die «1:12-Initiative» deshalb entschieden ab.

Einzelne Manager in ganz wenigen Firmen haben es mit hohen Salären, Boni und «goldenen Fallschirmen» übertrieben. Die Schweizerinnen und Schweizer akzeptieren das nicht länger, und sie haben im März die Abzockerinitiative angenommen. Aus diesem Unmut wollen nun auch die Jungsozialisten politisches Kapital schlagen, und sie haben eine weitere Lohn-Abstimmung provoziert. Doch diesmal geht es um viel mehr, als um den Ärger über die Abzocker. Die «1:12-Initiative» ist ein schwerer Eingriff ins wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz.

**Initiative schadet dem Arbeitsmarkt**  
Der Schweizer Arbeitsmarkt ist anpassungsfähig und funktioniert sehr gut. Wir haben die tiefste Arbeitslosigkeit und vor

allem auch die tiefste Jugendarbeitslosigkeit. Die Löhne in der Schweiz sind gut und fair. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten ausgewogen entwickelt, wenn man von ein paar Exzessen einzelner Firmen und Branchen absieht. Blicken wir über die Grenzen, so sehen wir, dass dieser liberale Arbeitsmarkt einer unserer wesentlichen Erfolgsfaktoren ist. Die Sozialpartnerschaft ist unser wertvollstes Kapital. Übertriebene staatliche Eingriffe, wie dies die «1:12-Initiative» vorsieht, unterhöheln diese Partnerschaft und schwächen den Arbeitsmarkt.

### Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen selber entscheiden

Ein willkürlich festgelegtes Verhältnis zwischen höchstem und tiefstem Lohn in den Unternehmen ist ein schädlicher Eingriff in die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz. Die «1:12-Initiative» greift ungerechtfertigt in die Vertragsautonomie und in die lohnpolitische Gestaltungsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein. Die Bestimmung der Löhne ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers. Einem solchen staatlichen Eingriff in die Lohnpolitik der Unternehmen fehlt in unserer liberalen Wirtschaftsordnung jede Legitimität.

Er kann auch nicht mit der Polemik um einzelne überzogene Managergehälter gerechtfertigt werden.

### Die Rechnung geht nicht auf

Die Risiken der Initiative liegen auf der Hand. Die Lohnschere wird sich nicht schliessen – im Gegenteil. Die Initiative lässt sich leicht umgehen, beispielsweise mittels Auslagerung gewisser Tätigkeiten aus dem Niedriglohnbereich an Dritte – mit negativen Konsequenzen für die Angestellten – oder durch die Gründung von Managementgesellschaften. Letztere könnten auch ohne Weiteres ins Ausland verlagert werden. Alle diese Reaktionen wären nicht im Interesse des Standorts Schweiz und der hier Beschäftigten. Verlagerungen hätten schmerzliche Auswirkungen auf die Wertschöpfung und das Angebot attraktiver Beschäftigungsmöglichkeiten in der Schweiz.

### Grosse Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen

Die «1:12-Initiative» nimmt grosse Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Kauf. Bei aller berechtigten Kritik an den hohen Managerlöhnen darf nicht übersehen werden, dass sie in

einem erheblichen Mass über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wieder umverteilt werden. Die bestverdienenden 10% der Steuerpflichtigen bezahlen 78% der direkten Bundessteuer. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Kantons- und Gemeindesteuern und bei den AHV-/IV-/EO-Beiträgen. Werden die hohen Löhne gekürzt oder fallen sie wegen der Verlagerung entsprechender Stellen aus der Schweiz ganz weg, dann entgehen dem Staat und den Sozialversicherungen also Erträge in Milliardenhöhe. Dies hätte direkte Auswirkungen auf niedrige und mittlere Löhne.

### Neid ist ein schlechter Ratgeber

Der AGV lehnt die «1:12-Initiative» entschieden ab, weil der damit geplante massive und weltweit restriktivste Eingriff in die Lohnpolitik der Unternehmen dem Werkplatz Schweiz, den hier Beschäftigten, den Staatsfinanzen und den Sozialversicherungen massiven Schaden zufügen würde. Die vermeintlichen Argumente der Initianten sind von Neid, Missgunst und Polemik geprägt. Wir sollten aber gut überlegen, was unserem Werkplatz dient. Deshalb muss die 1:12-Initiative abgelehnt werden.

Arbeitgeberverband  
Sarganserland-Werdenberg  
Der Vorstand

www.agv-sw.ch